



# 20 EMPFEHLUNGEN FÜR **MEHR** DEMOKRATIE IN EUROPA



Europa für Bürgerinnen  
und Bürger

***Diese Empfehlungen wurden von Bürgerinnen und Bürgern auf Tagungen in sieben verschiedenen Ländern*** (Dänemark, Lettland, der Tschechischen Republik, Deutschland, Großbritannien, Bulgarien und den Niederlanden), gemeinsam mit Teilnehmer\_innen aus 17 weiteren Ländern vorbereitet - über einen Zeitraum von mehr als einem Jahr.

Die Abfolge der Tagungen wurde als Staffel konzipiert, eine Veranstaltung gab den Staffelstab an die nächste weiter; alle Veranstaltungen fanden im Rahmen des Projekts My!Europe statt, das durch das EU-Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ , gefördert wurde.

Der Gedanke, dass Nicht-Spezialisten aus verschiedenen Ländern zusammen diskutieren, sollte ein wichtiges Element beim Bau einer modernen und friedlichen Welt sein. Er wurzelt in der Sonnenberg-Bewegung - dem Internationalen Haus Sonnenberg und der International Sonnenberg Association.

Diese Bewegung wurde vor fast 70 Jahren zur Förderung der internationalen Verständigung und Zusammenarbeit zwischen den Bürgern Europas gegründet. Die Leitsätze lauteten „Miteinander reden. Vorurteile überwinden. Sich verständigen. Verantwortlich handeln“.

In drei Ländern arbeitete das Projekt mit institutionellen Partnern zusammen - der Universität Pardubice in der Tschechischen Republik, dem dänischen Kulturinstitut für die baltischen Staaten in Lettland, und die Organisation der Deutschlehrer\_innen in Bulgarien.

Die Schlussredaktion fand am 24. November 2016 statt - während eines Seminars am Internationalen Haus Sonnenberg, St. Andreasberg im Harz, bei dem Vertreter\_innen aus den sieben Tagungen zusammentrafen.

Sonnenberg, 24. November 2016

Finn Rowold  
Vorsitzender des Projekt-  
Steuerungsausschusses  
Vorsitzender der  
International  
Sonnenberg Association

Viola von Cramon  
Mitglied des Projekt-  
Steuerungsausschusses  
Vorsitzende des Sonnenberg-  
Kreises e.V.  
Ole Aabenhus  
Projektmanager

Lutz Heinke  
Mitglied des Projekt-  
Steuerungsausschusses  
Leiter des Internationalen  
Hauses Sonnenberg

Dieses Dokument wurde in englischer Sprache verfasst. Bei Unklarheiten in anderen Sprachfassungen gilt die englischsprachige Version.

# Präambel

---

**In Anerkennung des Wertes und der Bedeutung der Europäischen Union wollen wir Entwicklung der Demokratie in der EU beitragen.**

**Europa braucht eine neue Denkweise** und diese Empfehlungen von europäischen Bürger\_innen, die sich Sorgen machen, sollen als Beitrag zu einem wichtigen Aspekt der gegenwärtigen Krise Europas dienen, dem demokratischen Defizit im Verhältnis zwischen den Institutionen der EU und den europäischen Bürgern.

Demokratische Gesellschaften neigen zu einer Spaltung zwischen Bürgern und Führungen. Wahlen legitimieren die institutionelle Macht, aber im Idealfall werden Wahlen durch "zwei Dialoge in einem" begleitet: einem kontinuierlichen horizontalen Dialog unter den Wählern - als Einzelne und als Mitglieder von Organisationen der Zivilgesellschaft - und einem kontinuierlichen vertikalen Dialog mit der institutionellen Führung der Gesellschaft.

Ein Mangel an demokratischem Dialog in Verbindung mit einem Mangel an Führung kann populistische Bewegungen begünstigen. Diese Bewegungen haben oft ihren Ursprung in verständlicher Angst und sinnvollen Forderungen. Aber sie neigen dazu, einen unüberwindlichen Widerspruch zwischen "dem Volk" einerseits und "elitären" Führern und Bürokraten andererseits zu behaupten

**Wir stellen hier** 20 Empfehlungen vor, die - in ihrer Gesamtheit - Politikern dazu dienen können, das demokratische Defizit in einen funktionierenden demokratischen Dialog zu verwandeln. Das wiederum könnte das Vertrauen der Bürger in die Institutionen der Union stärken. Viele Vorschläge sind in der Vergangenheit in anderen Foren besprochen worden, hier werden sie jedoch in umfassender Form präsentiert, bereit für politische Handlungen.

**Seit den Römischen Verträgen** gilt die Suche nach einer "immer engeren Union" als Leitsatz für die EU-Institutionen. Jetzt wird es Zeit, den zweiten Teil dieses Satzes zu betrachten, der das Wort "unter den Völkern Europas" betont.

Einige Empfehlungen in diesem Papier könnten sofort umgesetzt werden, andere sollten als Anstoß zu weiteren Debatten betrachtet werden. Wir meinen, dass die Suche nach einer umfassenderen und offeneren modernen Demokratie viel weiter vorangetrieben werden sollte, eine Suche, die die Bürger beteiligt und die europäische Zusammenarbeit fördert. Das kann bedeuten, die gegenwärtige politische Struktur und das Machtverhältnis zwischen Europäischem Rat, Europaparlament und Kommission zu verändern.

# Empfehlungen

---

## A. FÖRDERUNG DES AKTIVEN STAATSBÜRGERS

### A 1: Bildung

**Wir empfehlen europäische, nationale und lokale Initiativen zur Entwicklung von mehr und besserem Materialien über die Geschichte und Kultur der europäischen Völker und den historischen Hintergrund der europäischen Institutionen. Mit Hilfe der EU sollen Materialien entwickelt werden - sowohl für formelle und informelle Bildung, als auch für Kurse für Lehrende an Schulen andere Multiplikatoren in allen europäischen Mitgliedsstaaten.**

Ein Grund, warum so viele Menschen das Gefühl bekommen, Europa sei weit weg von ihnen, liegt im mangelnden Wissen über europäische Kultur, europäische Sozialsysteme und europäische Geschichte, die sich in vielen Fällen von der Geschichte der einzelnen Länder unterscheidet.

Wir werden durch nationale Narrative erzogen, die auf nationalen Helden und Künstlern beruhen. Auch wenn wir alle der Musik von Beethoven oder den Beatles zuhören, alle einige Shakespeare-Stellen kennen, alle "Borgen" im Fernsehen schauen und alle die Skulpturen und Gemälde von Leonardo da Vinci lieben, gibt es wenige Versuche, uns von gemeinsamen europäischen Narrativen zu überzeugen.

### A 2: Aktivitäten der Zivilgesellschaft

**Wir empfehlen, dass das Budget für Aktivitäten der Zivilgesellschaft, die sich auf grenzüberschreitende und europäische Fragen (wie Gespräche, Treffen, Seminare und Veranstaltungen) beziehen auf mindestens 100 Millionen Euro pro Jahr erhöht werden soll, und dass nationale Regierungen zusätzliche Beiträge leisten.**

Das wichtigste Unterstützungsprogramm der EU für die Aktivitäten der Zivilgesellschaft heute (Europa für Bürgerinnen und Bürger) hat ein jährliches Budget von 26,5 Millionen Euro.

Wir empfehlen, diesen Betrag zu vervierfachen, weil wir einen nachhaltigen grenzüberschreitenden Meinungsaustausch auf der Ebene der Basis- und Zivilgesellschaften als Voraussetzung für die Entwicklung einer europäischen Demokratie betrachten.

### **A 3: Politische Feste**

**Wir empfehlen, dass grenzüberschreitende politische Feste, die dem Grundsatz der Entfaltung der Demokratie in Europa und der Zusammenführung von Bürgergruppen, Politikern und anderen Bürgern gewidmet sind, in verschiedenen Regionen etabliert werden, aber Teilnehmern aus ganz Europa offen stehen sollten.**

Es gibt einen Bedarf für grenzüberschreitende Veranstaltungen, auf denen man sich trifft, Künstlern zuhört, politische Fragen diskutiert und die "Einheit in der Vielfalt" der europäischen Kultur genießen kann. Politische Feste haben eine gut etablierte Geschichte in Schweden und Dänemark ("Die Almedal-Woche" in Schweden, das "Bornholmer Bürgerfest" in Dänemark), aber nur auf nationaler Ebene und mit dem Schwerpunkt nationale und politische Fragen.

Im europäischen Kontext sollen solche Veranstaltungen auf regionaler Ebene organisiert werden, um Reisekosten zu reduzieren, höhere Teilnehmerzahlen zu ermöglichen und die Überwindung sprachlicher Barrieren zu erleichtern.

### **A 4: Reisezuschüsse**

**Wir empfehlen, dass Jugendliche nach Vollendung des 18. Lebensjahres als Willkommensgeschenk der EU ein Interrailticket für ganz Europa erhalten.**

**Wir empfehlen weiterhin, europäische Reisezuschüsse zur Unterstützung von grenzüberschreitenden Bürgertreffen und Veranstaltungen zu gewähren, beispielsweise die Hälfte des billigsten Fahrpreises zu erstatten.**

**Reisezuschüsse sollten besonders gezahlt werden für internationale Jugendaustauschtreffen, für Gruppen aus der Zivilgesellschaft, aus Stadtbezirken oder Dörfern, die Austauschtreffen mit definierten Gruppen in anderen europäischen Ländern organisieren oder für Besuche der europäischen Institutionen in Brüssel.**

Obwohl wir als Touristen mehr als jede bisherige Generation reisen ist es schwierig, grenzüberschreitende Aktivitäten zu initiieren. Es würde sehr helfen wenn Unterstützungen für Gruppen angeboten werden könnten, die Reisen mit dem Ziel durchführen; ein breites Spektrum von ähnlichen Gruppen und Organisationen in verschiedenen Ländern zu treffen.

Es sollte ebenfalls Reisezuschüsse für Gruppenbesuche bei EU-Institutionen geben, um direkt vor Ort mehr über die Funktionsweise der EU zu erfahren und den Bürgern das Gefühl zu vermitteln, an den EU-Verfahren aktiv teilzunehmen.

Das ursprüngliche Interrail-Programm aus den 1970er Jahren hatte wegen seiner günstigen Fahrkartenpreise sehr positive Auswirkungen auf den interkulturellen Austausch. Wir sind der Ansicht, dass diese kostenlose Möglichkeit allen Jugendlichen bei Volljährigkeit zur Verfügung gestellt werden sollte, um Europa besser kennen zu lernen.

### **A 5: Stipendienstiftungen**

**Wir empfehlen die Schaffung eines dezentralen Systems von Stipendienstiftungen in jedem Mitgliedsstaat sowie in Regionen mit einer Einwohnerzahl von mehr als 5 Millionen. Die Stiftungen sollten streng autonom arbeiten, aber genauen Prüfungen unterliegen.**

Wir fordern finanzielle Hilfen für Aktivitäten der Bürger auf transparenter, weniger bürokratischer und weniger zentralisierter Basis als heute. Wir schlagen eine Art von Stipendienstiftungen mit unabhängigen Anwälten, Vertretern von Nicht-Regierungs-Organisationen sowie von Kunst und Kultur als Vorstandsmitgliedern, sowie einem Repräsentanten der nationalen Vertretung der EU-Kommission als Verwalter. In größeren Staaten sollten Stipendienstiftungen in Regionen mit einer Bevölkerungszahl von mehr als 5 Millionen etabliert werden.

Eine ähnliche Stiftung, das "Europe Board" des dänischen Parlaments, besteht seit der Ablehnung des Maastrichter Vertrages durch Dänemark im Jahre 1992 und verteilt dänische Finanzmittel an pro-europäische und EU-skeptische NRO.

#### **A 6: Änderungen der Europäischen Bürgerinitiative (European Citizens' Initiative, ECI)**

**Wir empfehlen, dass die Europäische Bürgerinitiative durch einen beratenden Ausschuss verwaltet wird, der dem Europa-Parlament unmittelbar untersteht - als direkte Verbindung zwischen den Bürgern und dem europäischen Gesetzgebungsprozess. Die benötigte Unterschriftenzahl sollte von einer Million auf 500.000 reduziert werden, diese sollten in mindestens fünf statt der bisherigen sieben Staaten gesammelt werden. Die Funktionsweise der ECI sollte alle fünf Jahre geprüft werden.**

Heute muss man eine Million Unterschriften aus sieben Staaten sammeln, um sich im Rahmen der im Lissabonner Vertrag 2009 eingeführten Bürgerinitiative ECI Gehör zu verschaffen. Wenn man diese Hürde überspringt, darf die Kommission entscheiden, ob sie Ihren Vorschlag beachten will.

Stattdessen empfehlen wir, dass die ECI an das Europaparlament gebunden wird und dass die benötigten Zahlen auf eine halbe Million und 5 Staaten reduziert werden sollten. Eine von 500.000 Bürgern vorgeschlagene Idee sollte zumindest zu einer Debatte im entsprechenden EP-Ausschuss führen, und ein Bericht des Ausschusses sollte im Plenum zur Abstimmung kommen.

Um die ECI als Instrument für aktiv teilnehmende Demokratie zu fördern sollte die EU eine NGO oder eine Institution unterstützen, die den betreffenden Organisatoren hilft, ihre Ideen in angemessener gesetzgebender Sprache zu artikulieren, damit die Vorschläge den Bürgern klar vermittelt und im EU-Parlament entsprechend diskutiert werden können. Ein beachtenswertes Modell könnte hier die lettische Bürgerinitiative Mana Balss Citizens' Initiative sein.

#### **A 7: Nationale Bürgerinitiativen**

**Wir empfehlen, dass die Mitgliedstaaten Regeln schaffen, damit nationale Bürgerinitiativen Empfehlungen über bestimmte Gesetzgebungsinitiativen über den Rat an die EU weitergeben können.**

Die Bürger Europas brauchen viele Kanäle zur aktiven Teilnahme. Die Brexit-Kampagne erinnert uns daran, dass in vielen Fällen die Debatte in einem Land einen ganz anderen Charakter als in anderen Ländern haben kann.

Wie empfehlen daher, dass jeder Mitgliedstaat Regeln einführt, nach denen die Bürger des Landes eine bestimmte Gesetzgebungsinitiative vorbringen dürfen. Sollte diese eine

bestimmte Anzahl von Unterschriften erreichen, könnte sie über den Europäischen Rat an die EU weitergegeben werden.

#### **A 8: Experimente zur Verbesserung der Demokratie**

**Wir empfehlen Experimente, um die öffentliche Debatte mit Hilfe des Internet zu verbessern, in der Gestalt von "demokratischen Diskussionsforen" oder Diskussionsversammlungen. Die Sonnenberg-Leitsätze "Miteinander reden. Vorurteile überwinden. Sich verständigen. Verantwortlich handeln" könnten hierfür als Grundlage dienen.**

In modernen Gesellschaften spielen indirekte und direkte Manipulation der öffentlichen Meinung eine immer größere Rolle, besonders bei Wahlen oder Volksabstimmungen. Es gilt daher, Experimente zu starten, die das Niveau der öffentlichen Debatte verbessern könnten.

Im Geist der Sonnenberg-Leitsätze empfehlen wir als ein solches Experiment, "demokratische Diskussionsforen" auf grenzüberschreitender Ebene durchzuführen. Erfahrungen mit dieser Art von Diskussionsversammlungen über die Dauer von 2-3Tagen zeigen, dass die Menschen ihre Meinungen über bestimmte Themen ändern, nachdem sie die Konsequenzen dieser Ansichten mit Spezialisten und Mitbürgern diskutiert haben.

Durch die estnischen Erfahrungen beflügelt sollten Experimente mit dem Online-Wahlmodus bei Europa-Wahlen getestet werden. Einige osteuropäische Länder - vor allem Bulgarien - sind an dieser Initiative besonders interessiert, weil eine hohe Zahl Jugendlicher aus diesen Ländern ausgewandert sind und im Ausland wählen müssen.

## B. TRANSPARENZ, DER RECHTSSTAAT UND DIE MENSCHENRECHTE

### B 1: Transparenz im Europäischen Rat

**Wir empfehlen, dass alle Ratssitzungen vollständig per Internet und im Fernsehen übertragen werden sollten, damit bei den Bürgern größere Klarheit darüber besteht, wie Kompromisse erreicht werden.**

Heute laufen parlamentarische Plenar- und Ausschusssitzungen live im Internet-Fernsehen. Ähnliches gilt für einen begrenzten Teil der Ratssitzungen. Es ist ein wichtiger Aspekt der Legitimität der EU, dass wir wissen, wie unsere Minister, Staats- und Regierungschefs uns in europäischen Gremien vertreten.

Wir erwarten nicht, dass die Hälfte der europäischen Bevölkerung zu später Nachtstunde solchen Debatten folgen wird. Wir erwarten auch nicht, dass Politiker Kompromisse nur in formellen Versammlungen treffen. Es bleibt jedoch ein wichtiges Element der Recherche, zu allen formellen Foren Zugang zu haben z.B. für Journalisten, Wissenschaftler und andere, die tiefgehende Untersuchungen durchführen.

### B 2: Transparenz der Kommission

Wir empfehlen, dass die Öffentlichkeit Zugang zu den Maillisten, Sitzungsprotokollen und administrativen Notizen von Telefonanrufen bekommen. Ausnahmen sollten nur in Sicherheitsfragen gemacht werden, unter der Voraussetzung, dass der Ombudsmann darüber benachrichtigt wird.

Die gleichen Argumente wie oben gelten auch hier: in einem Kontext, in dem Interessengruppen und Lobbyisten großen Einfluss darauf haben, wie die Kommission Gesetze und Regelungen vorbereitet, sehen wir es als ein relevantes und wichtiges Hilfsmittel für Journalisten an, die tiefgehende Recherche betreiben und für aktive Gruppen der Zivilgesellschaft an, dass beide Gruppen Zugang zu den Protokollen und Maillisten bekommen, die von jedem Mitglied des Kommissionspersonals erstellt werden.

Möglicherweise können Lobbyisten wichtige Informationen zu neuen Gesetzesinitiativen beitragen, aber um den ganzen Prozess transparent zu machen ist es nötig, Informationen von allen Parteien und zu allen relevanten Aspekten zu sammeln.

### B 3: Lobbyisten-Transparenz

**Wir empfehlen, dass bestehende Lobbyregister zu verbessern und ein Register für Kommissions- und Ratsangestellte einzuführen. Darin sollte eine Liste ihrer Gesprächspartnern und ihrer Diskussionsthemen stehen, ähnlich der bereits für Europaabgeordnete bestehenden Liste.**

Lobbyismus ist ein integraler Bestandteil der modernen Gesellschaft und jede Gesellschaftsgruppe sollte die Chance bekommen, ihre Anliegen zu vertreten. Die Frage lautet, wie wir garantieren können, dass Lobbyismus jederzeit transparent ist und wie wir den Einfluss der Lobbyisten gegen die Argumente andere Interessengruppen ausbalancieren können.



Heute ist das Registrieren von Lobbyisten im EP sowie in der Kommission freiwillig, es gibt auch keine passenden Sanktionen falls sie relevanten Information nicht eingereicht werden. Um die Registrierung von Lobbyisten wirksam zu machen, müssen die Informationen in einem einheitlichen Register der EU-Institutionen zusammengefasst werden: wer trifft sich mit wem, wo, wann und warum.

#### **B 4: Lobbyismus im Gleichgewicht**

**Wir empfehlen europäische Zuschüsse, um Organisationen zu helfen, die eine große Mitgliederzahl in verschiedenen Ländern haben, aber ohne angemessene finanzielle Ausstattung ihre Ideen nicht auf professionellere Weise präsentieren können. Da am Anfang solche Finanzhilfen notwendigerweise einen experimentellen Charakter haben, sollte das Europa-Parlament alle fünf Jahre das Gleichgewicht von kapitalintensiven Interessengruppen und wichtigen Gruppen der Zivilgesellschaft prüfen.**

Es ist klar, dass eine stärkere Vertretung von Bürgerinteressen notwendig ist. Während Firmenorganisationen aller Arten stark repräsentiert sind und etablierte Lobbyfirmen mit ihrer Interessenvertretung beauftragen können, sind die Rollen von Normalbürgern als Verbraucher, Angestellte, Student\_innen, Kinder, Frauen, Männer usw. weniger privilegiert.

Wir empfehlen ein noch zu entwickelndes Modell, das alle fünf Jahre geprüft werden sollte.

#### **B 5: Warnende Informanten (Whistleblower)**

**Wir empfehlen, dass das Europa-Parlament Anwälte, Juristen und Andere einlädt, ihre Vorschläge zum besseren Schutz von Informanten vorzustellen.**

Das Auffliegen-lassen von verdächtigen Geheimnissen ist ein unverzichtbares Element der komplexen modernen Gesellschaft, um Transparenz zu garantieren. Dies ist eine schwierige Frage, weil es zu geteilten Treueempfindungen führt - einerseits gegenüber dem Arbeitgeber, andererseits gegenüber der Gesellschaft. Wir betrachten es als Teil der Menschenrechte, dass ein Beschäftigter nötigenfalls nach eigenem Verständnis von Recht und Unrecht handeln kann.

Juristisches Können ist vonnöten, um einen Rechkodex für Informanten und einen Schutzkodex zu organisieren. Als erster Schritt sollte das Europa-Parlament ein Spektrum von Ideen über das weitere Vorgehen sammeln.

#### **B 6: Betonung der Kopenhagener Kriterien**

**Wir empfehlen, dass das Europa-Parlament das Einhalten der Kopenhagener Menschenrechtskriterien und die Rechtsstaatlichkeit überwacht ebenso wie die Weiterentwicklung dieser Kriterien durch den Europarat von allen Mitgliedstaaten überwacht werden sollte. Zu diesem Zweck sollte es jedes Jahr Hearings im Europa-Parlament für jeden Mitgliedstaat geben.**

Alle EU-Beitrittsländer müssen die sogenannten Kopenhagener Kriterien einhalten, das heißt, die Grundnormen, an denen Kandidatenländer seit 1993 gemessen werden. Diese sind 1) politische Kriterien (Stabilität der eine Demokratie garantierenden Institutionen, des Rechtsstaates, der Menschenrechte und der Achtung für und Schutz von Minderheiten), 2) wirtschaftliche Kriterien (eine funktionierende Marktwirtschaft), und 3) Kriterien der

Regierungsform (die administrative und institutionelle Fähigkeit, alle Gesetze und Regelungen einzuhalten, die für alle Mitgliedstaaten verbindlich sind - der *acquis*).

Bis heute hat sich die Europäische Kommission sehr schwer getan, wegen angeblicher Verstöße gegen die Kopenhagener Kriterien tätig zu werden. Dies rührt zum Teil daher, dass die durch die Kopenhagener Kriterien verkörperten Normen auch von den „alten“ Mitgliedstaaten nicht immer eingehalten werden.

Wir empfehlen, dass die gleichen Kriterien für alle angewendet werden sollen, und dass ein System jährlicher Prüfungen etabliert wird, um den Druck durch andere Mitglieder zu stärken, eine bessere und eindeutige Menschenrechtslage in „alten“ Mitgliedsländern zu garantieren und die Versprechungen der „neuen“ aufzufrischen.

## C. EIN KLARER POLITISCHER RAHMEN

### C 1: EP-Initiativrecht

**Wir empfehlen, dass das Europa-Parlament das Recht bekommen sollte, Gesetze einzubringen.**

Heute kann das Europa-Parlament vorschlagen, dass die Kommission eine gesetzgeberische Initiative vorbereitet, aber die Kommission kann das verweigern.

Aus dem Grundsatz der demokratischen Teilnahme folgt jedoch: wenn Bürger ihre Europaabgeordneten überzeugen können und wenn einzelne Europaabgeordnete die EP-Mehrheit von der Notwendigkeit einer Gesetzesinitiative in einem bestimmten Bereich überzeugen können, sollte die Kommission das Verweigerungsrecht einbüßen.

### C2: Nationale gegenüber supranationalen Zuständigkeiten

**Wir empfehlen, dass - damit die europäische Gesetzgebung dem Bürger näher gebracht wird - nationale Parlamente eine stärkere Rolle bei der Entscheidung bekommen, ob bestimmte Angelegenheiten auf die nationale oder die supranationale Ebene gehören. Wir fordern die COSAC (Konferenz der Ausschüsse nationaler Parlamente für Europa-Angelegenheiten) auf, Nichtregierungsorganisationen und Denkfabriken auf europäischer Ebene zu beteiligen, um alte und neue Modelle dafür zu diskutieren.**

Die Zuständigkeitsdebatte hat sich entfernt von dem Gedanken an festgelegte "Kataloge", in denen festgelegt ist, welche Zuständigkeiten den Mitgliedstaaten und welche der EU zukommen sollten. Stattdessen geht die Diskussion jetzt darum, Zuständigkeiten in einem kontinuierlichen Prozess des Machtkampfes zu verteilen.

Um die Rolle der nationalen Parlamente zu stärken, führte der Vertrag von Lissabon das Konzept von gelben und orangenen Karten ein. Die Kommission wird neue Gesetzesvorhaben allen nationalen Parlamenten 60 Tage vor der Vorlage im europäischen Rat und im europäischen Parlament zur Kenntnis geben. Wenn nationale Parlamente der Ansicht sind, dass die Kommission ohne Notwendigkeit in die nationalen Belange eingreift können sie bei der Kommission Protest einlegen. Die Kommission ist dann verpflichtet, das Vorhaben zu erneut zu prüfen, aber das Vorhaben ist nicht gestoppt.

Während der Verhandlungen vor der Brexit Abstimmung hat die EU das Konzept einer blockierenden „roten Karte“ akzeptiert (Einsprüche durch eine qualifizierte Mehrheit der nationalen Parlamente blockieren wirkungsvoll einen Vorschlag der Kommission)

Das britische House of Lords hat vorgeschlagen, dass Nationalparlamente neue Gesetzgebungsinitiativen durch die Kommission positiv akzeptieren sollten, mit Hilfe einem „grüne Karte“-Verfahren.

Dies ist eine komplizierte Frage, die aber für die Bürger von großer Bedeutung ist, weil es Grundfragen der Souveränität und der Legitimität betrifft.

### **C 3: Wahl der Kommission**

**Wir empfehlen, dass der einzelne Wähler durch die von ihm gewählten Europaparlamentarier direkten Einfluss auf die Ernennung der neuen Kommission erhält. Wir schlagen vor, dass Nichtregierungsorganisationen und unabhängige Denkfabriken Diskussionen und Forschungen über die Folgen von verschiedenen Lösungen in Gang setzen, darunter das „Spitzenkandidatensystem“, das bei der Europawahl 2014 eingeführt wurde.**

Ein Grund, warum die Beteiligung an Europawahlen seit 1979 ständig fällt, liegt darin, dass Wähler keine eindeutige Beziehung zwischen dem Wahlakt und der Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission sehen. Das muss korrigiert werden, also brauchen wir eine europaweite Debatte darüber, wie der Wähler einen unmittelbaren Einfluss auf diese Entscheidung nehmen kann.

Das "Spitzenkandidaten-Modell" ist offensichtlich ein Ausgangspunkt, da das Parlament dies schon aufgegriffen hat. Es bedeutet, dass jede Parteiengruppe einen "Spitzenkandidaten" für den Posten des Kommissionsvorsitzenden küren soll, und die Kandidaten dann in ganz Europa für ihre Parteigruppen Wahlkampf führen sollen. Nach den Wahlen bekommt der Kandidat, der die Mehrheit der Stimmen auf sich vereint, die Unterstützung aller politischen Gruppen. Das Parlament folgt dabei den Regeln des demokratischen Parlamentarismus, aber es widerspricht dem Vertragstext, nach dem der Rat einen Kandidaten vorschlägt, der vom Parlament überprüft werden soll.

Andere Modelle sollten auch möglich sein. Bei einer My!Europe-Tagung wurde vorgeschlagen, dass nationale Gruppen von Europaparlamentariern ein Kommissionsmitglied aus ihren Reihen wählen sollten, und die Kommissionsmitglieder wiederum den Kommissionspräsidenten aus ihrer Mitte wählen sollten.

### **C 4: Europaweite Wahlen**

**Wir empfehlen, dass einige Mitglieder des Europa-Parlaments - vielleicht 20 oder 25 Prozent - durch europaweite Wahlen gewählt werden sollten. Wir rufen Nichtregierungsorganisationen und unabhängige Denkfabriken dazu auf, Diskussionen und Forschungsvorhaben über die Folgen von verschiedenen Typen von grenzüberschreitenden europäischen Wahlsystemen aufzunehmen.**

Der Plan, einen Teil der Mandate im EP für Wahlen in grenzüberschreitenden europäischen Wahlen zu vergeben, ist im Verfassungsausschuss des Europa-Parlaments zwischen 2007 und 2013 intensiv diskutiert worden.

Die Tatsache einer großen Anzahl von in europaweiten Wahlen umkämpften Mandaten würde zu grenzüberschreitenden Wahlkampagnen führen. Wenn diese mit dem Spitzenkandidatensystem oder ähnlichen Reformen verbunden würden, könnten Wähler zwischen einer Reihe von politischen Richtungen entscheiden, von denen jede durch einen Namen und ein Gesicht vertreten wäre.

### **C 5: Gewaltentrennung**

**Wir empfehlen, dass auf politischer Basis- und wissenschaftlichem Level eine Debatte begonnen werden sollte über die zukünftige Struktur einer demokratischen EU, die die von den meisten europäischen Staaten bekannte Gewaltentrennung respektiert.**

Ein Grund für die gegenwärtige Schwäche der Europäischen Union besteht darin, dass Normalbürger den Charakter ihrer Herrschaftsstruktur als unverständlich und überkompliziert empfinden.

Seit Montesquieus "Der Geist der Gesetze" von 1748 gilt eine klare Gewaltentrennung als das Grundprinzip bei der Schaffung demokratischer Strukturen. Aus historischen Gründen folgt jedoch die EU den Grundsätzen einer strengen Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative nicht.

Eine klare Gewaltenteilung - die die Unabhängigkeit der Justiz betont - sollte ein wichtiges Thema bei der nächsten Vertragsreform sein, und daher sollte eine Debatte über die zukünftige Struktur einer demokratischen EU sobald wie möglich und auf allen Ebenen initiiert werden.

#### **C 6: Der Europäische Gerichtshof und das Prinzip der weiteren Vertiefung der Union**

**Wir empfehlen, dass der Europäische Gerichtshof bei den juristischen Grundlagen neuer Urteile nicht mehr die Möglichkeit haben sollte, sich auf das in den Verträgen formulierte Prinzip der "immer tieferen Zusammenarbeit" oder auf "den Geist der Gesetze" zu berufen. Stattdessen sollte er sich ausschließlich auf die Grundlagen der bestehenden Gesetzgebung berufen.**

Das „immer tiefer“ Prinzip hat eine Art Legende geschaffen, die EU dürfe ihre Kompetenzen nach eigenem Gusto ausweiten. Das nimmt in den meisten Fällen Bezug auf die Tatsache, dass der Europäische Gerichtshof sich in seinen Urteilen auf dieses Prinzip berufen kann.

Wenn die EU eine durch ihre Wählerschaft und die Regierungen legitimierte Demokratie werden soll - beide nehmen am Gesetzgebungsprozess teil - wäre es ein logischer und klärender Schritt, dem Gerichtshof das Recht zu nehmen, sich auf ein vages Prinzip zu berufen. Alternativ könnte das Gericht ankündigen, dass es sich in Zukunft nicht mehr darauf bezieht. Damit würden sich zukünftige Urteile nur auf die bestehende Gesetzgebung berufen können.

# Ein letzter Punkt

---

**Bei der EU-Gründung** nach dem Zweiten Weltkrieg hatte der Friede erste Priorität noch vor der Demokratie. Damals war es sinnvoll, die europäische Zusammenarbeit auf zwischenstaatlicher Ebene einzurichten. Denn es betraf zwei Staaten, die vor kurzem Krieg gegeneinander geführt hatten, und da war ein auf hoher Ebene bestehender, vor der Öffentlichkeit mehr oder weniger verborgener Mechanismus richtig, und damals ging es vorrangig um Zoll- und Handelsfragen.

**Heute** regeln EU-Gesetze die Qualität des Wassers, das wir trinken und der Luft, die wir atmen, den Preis für Handy-Anrufe im Ausland und die Gestaltung unserer Pässe.

Inzwischen ziehen die Bürger Nutzen aus besserer Bildung und das Internet verschafft Zugang zu einem breiten Informationsspektrum, während die sozialen Medien dem Einzelnen die direkte Teilnahme an öffentlichen Debatten ermöglichen. In einer solchen Umgebung wird ein demokratisches Defizit noch unerträglicher als vorher.

**Eine Anzahl ungelöster Krisen** haben Europa zu einem Kontinent ohne Vertrauen zum EU-Establishment und voller Angst um seine Zukunft gemacht.

Die Euro-Krise setzte die EU-Bürger den Markteinflüssen aus und führten zu massiver sozialer Unsicherheit in vielen Ländern. Die Flüchtlingskrise zeigte eine handlungsunfähige Europäische Union, in der Grenzzäune aus dem Boden schießen und weitere Krisen ebenfalls noch ungelöst bleiben.

**Um dieser Situation Herr zu werden**, müssen wir eine aktive Staatsbürgerschaft schaffen, bei der die Völker Europas sowohl im europäischen als auch im nationalen Kontext miteinander reden, Vorurteile überwinden, sich verständigen und verantwortlich handeln.

Um Europa für seine Staatsbürger attraktiver zu machen, müssen wir unsere Gesellschaften stärker auf Menschenrechte und gutes Regieren bauen. Und um die Struktur der Europäischen Union demokratischer zu machen, brauchen wir Reformen, die dem Bürger einen größeren, direkten Einfluss auf die politischen Prozesse in Brüssel und Straßburg ermöglichen.